

ULRIKE BLUMENREICH, SABINE DENGEL,
WOLFGANG HIPPE, NORBERT SIEVERS

Einleitung

Wir erleben eine Zeitenwende – in unserer globalisierten Welt verweben sich zunehmend politische, ökonomische, ökologische und kulturelle Prozesse. Grenzen sind an vielen Orten durchlässiger geworden – viele Staaten definieren sich mittlerweile nicht mehr nur über ihre territoriale Souveränität, sondern auch als Teil internationaler wirtschaftlicher, politischer und kultureller Zusammenhänge. Die ohnehin problematische Unterscheidung vom *kulturellen* »Innen« und »Außen« scheint sich dabei trotz einiger Widerstände weiter aufzulösen. Dazu passt die Position, die lange als »Auswärtige Politik« definierte Interessenvertretung von Nationalstaaten müsse sich im 21. Jahrhundert idealiter nicht mehr nur an nationalen Belangen orientieren. Angemessen sei vielmehr eine globale, grenzüberschreitende Orientierung. Deshalb gelte es, sich selbst als Teil einer »Weltinnenpolitik«¹ zu verstehen und sich auf die Suche »nach einer neuen Ordnung« zu begeben, um der Vielzahl von Kulturen (und Religionen), ihren Traditionen und Narrativen gerecht zu werden und ihnen jenseits der lange vorherrschenden westlichen Dominanz den notwendigen Respekt zu erweisen². Der mit diesem Wandel verbundene »Paradigmenwechsel« wird als komplex, unbequem und anstrengend umschrieben (siehe Gabriel in diesem Buch).

1 Der Begriff »Weltinnenpolitik« geht auf den Physiker, Friedensforscher und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker zurück. Er prägte ihn in seinem Vortrag anlässlich der Verleihung des »Friedenspreises des Deutschen Buchhandels« an ihn im Jahr 1963. Weizsäcker damals: »Unter dem Titel Weltinnenpolitik werde ich ... zwei verschiedene, aber beide aus der Vereinheitlichung der Welt entspringende Phänomene beschreiben: die Entstehung übernationaler Institutionen und die Beurteilung weltpolitischer Probleme mit innenpolitischen Kategorien.« (Weizsäcker 1964:13) Im Unterschied zu diesem normativen Konzept, dem auch der Sozialphilosoph Jürgen Habermas (2006) folgte, ging der Soziologe Ulrich Beck in seinen Beobachtungen von der »real existierenden Weltinnenpolitik« aus, in dem globale Risiken »eine ganz alltägliche ›Weltinnenpolitik‹ wider Willen (erzeugen, d.V.), in der der globale Andere de facto in unserer Mitte ist«. (Beck 2010: 131/9).

2 So der damalige Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier am 29. September 2016 im *Deutschen Bundestag*: »Innen und Außen lassen sich im 21. Jahrhundert eben nicht mehr längs der Grenzen von Nationalstaaten trennen wie noch im 19. Jahrhundert und in großen Teilen des 20. Jahrhunderts.«

Damit sind zentrale Punkte eines globalen kulturpolitischen Diskurses angesprochen. Einerseits stehen nach wie vor »nationale Erbschaften« und deren Erhalt im Zentrum der jeweiligen nationalen Kulturpolitiken. Neuerdings ist sogar von einem »europäischen Erbe« in anderen Weltteilen die Rede³. Andererseits relativiert der mit der Globalisierung einhergehende internationale Blick diese Sicht. Die bisherigen national orientierten Konzepte, Strukturen und Institutionen und die entsprechenden Förderprogramme geraten dadurch legitimatorisch weiter unter Druck. Hinzu kommt, dass die meisten Staaten auf die eine oder andere Weise »Ein- und Auswanderungsländer« geworden sind, was zwangsläufig wiederum für eine gewisse kulturelle Pluralität sorgt. Wie also umgehen mit einem, einst schon von Jürgen Habermas konstatierten, jetzt auf Dauer gestellten zunehmenden »kulturellen Pluralismus im Innern«? Wie die »eigene« Kultur mit der im Zuge der Globalisierung verbundenen »Erweiterung des eigenen (nationalen, europäischen) Horizonts« (Habermas 2006) verbinden? Was folgt daraus für kulturelle Narrative, was für die überkommenen Interpretationen des kulturellen Erbes? Und was für den herkömmlichen Begriff von »Nation«? Hier werden Chancen und Risiken sichtbar. »Die Vielfalt der Kulturen, Religionen, Lebensentwürfe und Weltanschauungen« sei zwar einerseits »zweifelloso ... inspirierend und bereichernd«, könne andererseits aber »ebenso verängstigend und verstörend« wirken, erklärt Kulturstaatsministerin Monika Grütters in ihrem Beitrag in diesem Jahrbuch.

Kunst und Kultur haben sich auf diese neue Realität vielfach bereits eingestellt. Seitens der kulturellen Institutionen wird immer wieder darauf verwiesen, dass man bereits in der Vergangenheit offen gewesen sei für die vielfältigen, internationalen und grenzüberschreitenden kulturellen und künstlerischen Tendenzen und Trends. Schließlich arbeiten Museen in internationalen Partnerschaften, spielen Stadttheater im Ausland, gehen Klassik-Orchester auf Welttourneen. Die Popkultur hat das Ihrige beigetragen – in den letzten Jahrzehnten hat sich ein weltweiter Kulturmarkt etabliert, dessen einzelne Segmente wie etwa die Kunst oder die Popmusik global agieren (Martel 2011). Durch die Digitalisierung als »Querschnittstechnik« sind diese grenzüberschreitenden Prozesse noch beschleunigt worden.

Die Diagnose, dass sich die Kulturen dieser Welt in einem tiefen Wandel befinden, dass es dabei auch um Fragen von (westlicher) Dominanz und (postkolonialer) Gleichberechtigung geht und dass sich das Politikfeld »Kulturpolitik« mit diesen Prozessen auseinandersetzen und angemessene, neue Regeln finden muss, dürfte kaum Widerspruch hervorrufen. Gestritten wird eher über die Formulierung der damit verbundenen neuen Narrative und das »Wie« der anstehenden Reformen. Die Themen sind dabei weitgespannt. Sie reichen vom Umbau der kulturellen Infrastruktur vor Ort im Sinne von Diversität und Transkulturalität, einer nationalen wie internationalen Kolonialismus-Debatte einschließlich der entsprechenden Weiterentwicklung etwa der Konzepte des *Humboldt-Forums* (siehe

3 Etwa in Tansania, wo ehemalige deutsche Kolonialbauten mit deutscher Unterstützung restauriert werden sollen (vgl. Seifert 2016 und Zimmerer 2013).

Parzinger in diesem Buch) bis hin zum Kulturgüterschutz und weiteren kultur- und kreativwirtschaftlichen Fragen, die kaum anders als grenzüberschreitend geregelt werden können.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Signale gleichen die Debatten Suchbewegungen, um mit den entstandenen Irritationen und Widersprüchen umzugehen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wie stehen wir zu Grenzen? Grenzen hatten lange Zeit nicht nur im linksliberalen Diskurs ein schlechtes Image, heute steht die Forderung nach ihrer (erneuten) Etablierung wieder auf der politischen Tagesordnung und der wissenschaftlichen Diskursagenda. Offene Grenzen, einst »Zeichen von Freiheit« gelten inzwischen auch als »Symbol der Unsicherheit« (Krastev 2017). Gegen die neoliberale »Ekstase der Entgrenzungen« betont der Philosoph Konrad Liessmann seit längerem, dass Grenzen auch Rechtsräume markieren, dass Menschenrechte Grenzen für staatliche Eingriffe setzen sollten, dass historische Grenzen auch für kulturelle Identitäten stehen. Zugleich sind viele dieser Grenzzsetzungen nur schwer zu erkennen oder gar juristisch zu definieren (Liessmann 2012). Koloniale Grenzziehungen spielen dabei eine Sonderrolle, weil sie in aller Regel »ohne Rücksicht auf geographische, wirtschaftliche oder kulturelle Gegebenheiten vorgenommen« wurden (Komlosy 2018: 121).

Damit sind nicht nur vor dem Hintergrund der Globalisierung, sondern auch oder sogar im Zusammenhang der europäischen Politik Fragen aufgeworfen. Eine Voraussetzung, um die grenzüberschreitende Vision eines übergreifenden kulturellen Erbes (»Shared Heritage«) und das damit verbundene Ende einer nicht nur eurozentristisch orientierten Interpretation der Weltgeschichte anzugehen, ist ein transkultureller Dialog, der den westlichen Blick auf die Welt in Frage stellt und davon ausgeht, dass die Welt auf uns zurückblickt und andere Perspektiven betont (Böhm 2017).

Kulturpolitik als Identitätspolitik

Damit stellt sich die Frage, ob und wenn ja, wie sich die kulturpolitischen Aufgaben in Zukunft verändern. Dabei wird Kulturpolitik auch als Identitätspolitik diskutiert (siehe Göschel in diesem Buch). Schillernde Stichworte wie »Kulturerbe« oder neuerdings auch »Heimat« kommen dabei ins Spiel. Verbunden ist mit dem Begriff Identitätspolitik oft die Vorstellung historisch gewachsener und (welt-)religiös fundierter Kulturen in einem überschaubaren Raum, obwohl die Annahme, dass Kulturen klar abzugrenzende Entitäten seien, die auch in einem »Clash of Culture« (Samuel Huntington 1997) aneinandergeraten können, mindestens in der Theorie schon länger bestritten wird. Unter dem Stichwort *Glocalisation* wurde früh darauf hingewiesen, dass sich lokale und globale Kulturen nicht recht trennen lassen (siehe Robertson 1998 und Juneja in diesem Buch), sondern eine widersprüchliche Symbiose eingehen.

In den gegenwärtigen Debatten um Migration, ihre Realitäten und die damit verbundenen »Flüchtlingsströme« ist davon jedoch nur wenig zu spüren. Die po-

sitive Einschätzung einer »*Power of Diversity*« findet in Teilen der Gesellschaft offenbar keine Zustimmung mehr. Im Gegenteil: »Das Schüren von Hass gegen Immigranten, Minderheiten und diverse als ›Andere‹ definierte Menschen hat Eingang in den Mainstream gefunden – und das auch in Deutschland, dessen Politik und Kultur nach dem Ende des Nationalsozialismus in der Forderung ›Niemals wieder!« gründeten.« (siehe Mishra in diesem Buch und Mishra 2017).

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Bei vielen Menschen ist sie mit einer diffusen Stimmung der Angst und der Statusunsicherheit verbunden, die mittlerweile quer durch alle Gesellschaftsschichten feststellbar ist. Es sind nicht nur die Modernisierungsverlierer*innen am unteren Ende der Einkommensskala oder ältere Menschen, die sich Sorgen um ihr Auskommen machen und eine früher vermeintlich heile Welt beschwören. Die Angst vor einer drohenden »Welt ohne Halt« (Dahrendorf 2003: 129f.) scheint sich mittlerweile durch alle gesellschaftlichen Schichten zu ziehen. Die damit verbundenen Kulturkonflikte werden zwar in aller Regel im regionalen und nationalen Rahmen ausgetragen, haben dort aber nicht allein ihre Hintergründe und Grenzen. Der Kulturosoziologe Andreas Reckwitz spricht seinerseits von einer Form des »Culture War ... anderer, grundsätzlicherer Art« und nennt als eine »der zentralen Widersprüchlichkeiten der globalen Gesellschaft der Gegenwart die Ambivalenz von Öffnungs- und Schließungsprozessen« (siehe seinen Beitrag in diesem Buch).

Nach einer früher weit verbreiteten Auffassung beschreibt »Kultur« die Art und Weise, wie die Menschen arbeiten und leben wollen. Diese Sicht der Dinge gewinnt wieder an Bedeutung. Viele Menschen beschäftigen sich aus unterschiedlichsten Beweggründen und vor dem Hintergrund differenter Erfahrungen damit. Eine gesellschaftspolitisch orientierte Kulturpolitik wird sich dieser Fragen annehmen und Kulturpolitik erneut als Demokratiep politik formulieren müssen. Dabei geht es sowohl um Welt- und Grundsatzfragen als auch um ein Bedürfnis nach Selbstvergewisserung und sozialer Sicherheit⁴.

Wenn Kulturpolitik sich an Leitbildern wie der »kulturellen Demokratie« und einer offeneren Gesellschaft orientieren will, muss sie gesellschaftliche Realitäten wie die zunehmende Armut, Umweltschäden oder den wachsenden Rechtspopulismus nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern Partei ergreifen⁵. Es gilt, neben der »alltäglichen« praktischen Ausgestaltung der Förderpolitik einen Diskurs über die Zukunft der Kultur und damit unserer Lebensweisen anzustoßen und konkrete Schritte der Veränderung zu benennen (siehe Welzer in diesem Buch). Eine Reihe von Kultureinrichtungen widmet sich bereits solch notwendigen »Selbstgesprächen« der Gesellschaft, auch wenn sie damit nicht alle Menschen erreicht.

4 Siehe dazu auch die Erklärung der *Kulturpolitischen Gesellschaft* im Anhang dieses Jahrbuches.

5 Die BKM-Initiative »Kultur öffnet Welten« ist hier ein Beispiel, die Positionierung des Kulturausschusses des *Deutschen Städtetages* zur »Offenen Gesellschaft« ein anderes (siehe dazu den Beitrag von Christina Stausberg in diesem Buch).

Mit den Künsten die Welt verändern?

Künstler*innen können für solche Veränderungen Vorbilder liefern. Dabei ist das Verhältnis von Kunst und Politik seit jeher kontrovers diskutiert worden. Je nach historischen und sozialen Kontexten werden Antworten dazu im Spannungsfeld zwischen der Idee von der Autonomie der Kunst und von ihrem politischen Charakter anders verortet. Die Positionen reichen von »Kunst kann nicht politisch sein« bis »Kunst muss politisch sein«. In den letzten Jahren haben allerdings zunehmend von Künstler*innen betriebene partizipatorische Aktivitäten Interesse geweckt, die die These des »Eigenwert des Ästhetischen« nicht nur in Frage stellen, sondern einen »erstaunlichen Drang ins Politische« (Rauterberg 2015) – mal agitatorisch, mal dokumentarisch – aufweisen. Das zeigt auch Barbara Meyer in ihrem Beitrag, in welchem sie eingangs darlegt: »Künstler*innen sollen vielmehr intervenieren, handeln und Rahmen für kluge Initiativen schaffen.« (Siehe ihren Beitrag in diesem Buch) Der Regisseur und Autor Milo Rau hat dazu pointiert formuliert: »Wer ein bisschen moralischen Restanstand hat, muss aktiv werden, muss sich einmischen. Die globalisierte Wirtschaft verlangt nach global agierenden der Kunst.« (Kümmel 2015) Er selbst hat sich diesem Anspruch unter anderem mit dem »Kongo Tribunal« als Theaterstück, Film und Buch gestellt (siehe seinen Beitrag in diesem Buch).

Eine ähnliche Medienresonanz weit über das Feuilleton hinaus haben auch Aktionen des »Zentrums für politische Schönheit« gefunden. Sein »Mahnmal gegen die schleichende Normalisierung des Faschismus in Deutschland«⁶ etwa erzielte auch und gerade im politischen Rahmen Wirkung. Erinnert sei hier auch daran, dass sich die Türkei im Falle des Konzertprojektes »aghet – ağıt« gezwungen sah, bei der *EU-Kommission* gegen dessen Förderung zu protestieren. Das Stück beschäftigt sich mit dem Genozid an den Armeniern, die *Dresdener Sinfoniker* setzten mit ihren Konzerten ein Zeichen der Versöhnung: sie waren besetzt mit Musiker*innen aus der Türkei, Armenien und Deutschland sowie mit Mitgliedern des *NoBorderOrchestras*. In jedem Falle sind die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen auf diese »socially engaged participatory art« (Schmitz 2015) keineswegs einheitlich, sorgen aber in aller Regel für angeregte und aufgelegte Debatten⁷.

Sind sozial engagierte Künstler*innen die neuen *Change Agents* der kulturellen Welt»innen«politik? Transportieren und globalisieren sie Konzepte der Aufklärung und Meinungsfreiheit? Wie reagieren Politik und Gesellschaft auf »socially engaged participatory art« und »Kunst im vorpolitischen Raum« im Spannungs-

6 Vgl. <https://politicalbeauty.de/mahnmal.html>

7 Dazu notiert die Wiener Künstlergruppe »Wochenklausur«: »Die aktivistische Kunst am Ende des Jahrhunderts überschätzt sich nicht mehr. Aber sie unterschätzt sich auch nicht. Sie trägt einen bescheidenen Teil bei. Es wäre auch falsch, in einer Abwicklungsgesellschaft, der jede Grundsatzdiskussion abhandengekommen ist, gerade von der Kunst zu erwarten, dass Entscheidendes verändert werden kann. Und doch. Richtig dosiert, kann sie mehr verändern als angenommen wird. Sie muss sich allerdings sehr konkreten Veränderungsstrategien widmen.« (www.wochenklausur.at/kunst.php?lang=de, letzter Zugriff 23.5.2018).

feld zwischen Instrumentalisierung und Zensur? Kann Kunst sich gemeinsam mit anderen Akteuren aus Politik, Wissenschaft oder Wirtschaft nach innen und nach außen auf Dauer als eine neue Art von Softpower⁸ auch in der Alltagskommunikation entwickeln?

In diesem Zusammenhang könnte eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Popkultur anregend sein. Die Zeiten, da ihre Produkte wegen ihrer kommerziellen Produktion und ihrer massenhaften Verbreitung pauschal als minderwertig oder gar als Schund abgetan wurden, ist lange vorbei. Ihre Popularität und ihre Orientierung am Markt wie an großen Zielgruppen sind weithin akzeptiert, ihre Ästhetik und Ausdrucksformen sind ebenso vielfältig wie ihre globale Präsenz (vgl. Martel 2011). Dabei ist die Popkultur alles andere als flüchtig. Sie präsentiert nicht nur eigene Stile, Genres und Sparten in Musik, Literatur oder Kunst, sie prägt zunehmend den globalen Alltag. Hier erweisen sie sich als differenziert, originell und manchmal als unverwechselbar. Und: Popkultur lebt nicht von großen Stars und ihren Massenpublika allein. Ihre Akzeptanz als »Kultur« verdankt sie auch Minderheiten – den Hipstern und der Bohème, den Punks, dem Underground oder der Pop-Linken.

Schon in analogen Zeiten wirkten populäre Kulturen und Künste über alle Grenzen hinweg. Globalisierung und Digitalisierung haben diesen Austausch noch einmal ausgeweitet und vor allem beschleunigt. »Hollywood« war gestern, heute erreichen uns Filme, Musiken, Bilder und Texte in Echtzeit aus allen Ländern der Erde. Kunst und Kultur präsentieren sich im Alltag als buntes Mosaik verschiedenster Kulturen – »Innen« und »Außen« vermischen sich, erst recht in digitalen Zeiten. Am Beispiel der Musikindustrie wird dazu deutlich, wie sich das Verhältnis von (Musik)-Produzent*innen und -Konsument*innen verändert. Das Kunstwort »Prosumer« bezeichnet hier einen neuen Typ: Konsument*innen, die zugleich Produzent*innen sind, aber auch Produzent*innen, die zugleich als Konsument*innen auftreten. Vielleicht zeichnet sich hier eine neue »Kunst von allen« ab?

(Trans-)Kulturelle Bildung

Die angesprochenen grenzüberschreitenden Trends in Kunst, Kultur und Gesellschaft stellen eine ausgesprochene Herausforderung für Bildungsangebote dar. Sie stehen zwangsläufig in Widerspruch zu überkommenen gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten und weisen über traditionelle Vorstellungen von Kultur hinaus. Der Philosoph Wolfgang Ivers hat in diesem Zusammenhang schon vor der Jahrtausendwende den Begriff der »Transkulturalität« geprägt, um diesem »neuen Typ von Vielfalt« gerecht zu werden. Das traditionelle Kulturkonzept setze auf »soziale Homogenisierung, ethnische Fundierung und interkulturelle

8 Um einige frühe Beispiele der bisherigen westlichen Softpower zu nennen: Die Dokumentation »Geheimwaffe Jazz« (Regie: Hugo Berkeley, USA 2017) erzählt, wie Jazz-Musiker wie Louis Armstrong, Duke Ellington, Dizzy Gillespie und Dave Brubeck und ihre gemischten Bands als Kulturbotschafter in den 1950ern in die Welt geschickt wurden, um allen zu beweisen, dass es Rassentrennung in den USA nicht gäbe.

Abgrenzung« und arbeite mit der »Unterstellung einer insel- oder kugelartigen Verfassung von Kulturen«. De facto gebe es derlei schon lange nicht mehr, wenn es überhaupt jemals einen solchen Zustand gegeben haben sollte. Man müsse stattdessen von der »Verflechtung, Durchmischung und Gemeinsamkeit« der Kulturen ausgehen (Welsch 1997).

»Kulturelle Bildung, die sich aufmerksam mit diesen von Migration, Globalisierung und wachsender Ungleichheit gezeichneten Phänomenen auseinandersetzt«, notiert Ansgar Schnurr in diesem Jahrbuch, »steht vor der Frage, welche Perspektiven sie jungen Menschen für eine mündige und politisch verantwortliche kulturelle Teilhabe bieten kann.«

Die Suche nach diesen Perspektiven verbindet sich mit einer Auseinandersetzung mit den bisherigen Bildungsansätzen und -praktiken. An derlei Angeboten wird häufig kritisiert, dass sie sich nicht nur an bestehenden Machtverhältnissen orientieren, sondern ihrerseits auch solche konstruieren, wenn sie Angehörige von Mehrheits- und Minderheitskulturen entsprechend identifizieren, markieren und bewerten. Die von ihnen gepflegten identitären Zuschreibungen hierarchisieren die »Zielgruppen« durch Vorgaben, die auch im universellen Sinne die Deutungshoheit über das beanspruchen, was unter »Kultur«, »Bildung« oder »dem Politischen« zu verstehen sei.

Alternative Wissensformen wurden und werden hier bis in die Gegenwart kaum zur Kenntnis genommen; die bestehenden Strukturen im Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb zeigen sich oft nur schwer zugänglich für Veränderungen. Unter dem Schlagwort einer »transkulturellen Bildung« oder auch »transkulturellen Vermittlung« werden in den letzten Jahren Bildungs- und Vermittlungskonzeptionen sichtbar, die Aspekte der kulturellen Uneindeutigkeit, Unübersetzbarkeit, Fluidität, Offenheit, Vernetzung, Vermischung, Hybridisierung und Grenzüberschreitung in den Blick nehmen. In methodischer Hinsicht geht es vielfach um die Überwindung zuvor formulierter Positionen und die Öffnung hin zur Entwicklung von Empathie, zu Ko-Kreativität und gleichberechtigter Kollaboration. Es geht um das Verlernen traditioneller Sichtweisen und die Entwicklung alternativer Narrative – ohne Verlustängste, was nicht immer unproblematisch ist. Im Falle von Institutionen stehen Themen wie Ausgrenzung und strukturelle Diskriminierung im Vordergrund. Dabei geht es auch um die Rolle der Vertreter*innen der weißen Mehrheit in den Kultur- und Bildungseinrichtungen und ihrer Dominanz bei der Besetzung der Themen Transkulturalität und Diversität. Die Forderung nach einer entsprechenden Beteiligung von bisher ausgegrenzten Gruppen an den Ressourcen wird als Voraussetzung für eine andere Bildung und Bildungsvermittlung betrachtet. Gemeint ist damit mehr als das bloße (und häufig zum Scheitern verurteilte) Bemühen um Integration und Teilhabe und die Billigung dieser Ziele durch eine mit der eigenen moralischen Überlegenheit kokettierenden, vermeintlich kosmopolitischen Haltung (siehe den Beitrag von Merkel in diesem Buch). Gemeinsam ist den Ansätzen, dass sie in einer Zeit, in der das Denken in Schwarz-Weiß-Kategorien und einfachen kulturellen Antagonismen

wieder verstärkten Anklang findet, Optionen zum Umgang mit Komplexität, Pluralismus und Vielfalt anbieten. Damit wird einmal mehr unterstrichen, dass Aspekte wie Ungewissheit, Utopie, Diversität oder Ambiguität auch in Zukunft für demokratische Gesellschaften fundamental sind.

Freilich sollten dabei auch die neuen globalen »Verflechtungen« und deren durchaus widersprüchlichen Folgen ernst genommen werden. Es gilt, etwa die neuen »Kommunikationssysteme und ökonomischen Verflechtungen und Abhängigkeiten« einzubeziehen und »natürlich Fragen der Macht« – darauf hat Welsch schon hingewiesen (Welsch 1997: 71). Ob hier die Forderung nach einer ethisch-moralisch begründeten *global citizenship* als mögliche Lösung ausreicht, wäre zu diskutieren.

Zu diesem Jahrbuch

In seinem Titel knüpft das vorliegende Jahrbuch an die Themen des 9. Kulturpolitischen Bundeskongresses »Welt.Kultur.Politik – Kulturpolitik und Globalisierung« der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und der *Bundeszentrale für politische Bildung* im Jahr 2017 an. Mit diesem Thema sollte keine programmatische Aussage getroffen, sondern eine Chiffre für die Dimensionen angezeigt werden, in denen heute kulturpolitische Fragen diskutiert werden (müssen). Das betrifft ohne Zweifel auch viele andere Politikfelder.

Dieses neue »Weltniveau« ist dazu von vielfachen Verflechtungen und Kommunikationsströmen bestimmt. In Frage stehen etwa die Auflösung bisheriger (territorialer) Grenzen und die bereits angesprochene Verflüssigung des »Innen« und »Außen« der Kulturen ebenso wie der Kulturpolitik. Angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen verbindet sich damit die Frage, ob und wie die bisherige Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) als »dritte, tragende Säule deutscher Außenpolitik« neu aufgestellt werden könnte. Die Liste der Themen ist lang. Im ersten Kapitel wird diesen Fragen nachgegangen.

Die scheinbare Verflüchtigung der (noch) bestehenden Grenzen wirft, wie schon angesprochen, kulturell wie kulturpolitisch weitere Fragen auf. Als überwiegend positives Beispiel wird hier häufig auf die *Europäische Union* trotz ihrer aktuellen Krisen hingewiesen. Bietet hier eine Umorientierung der europäischen Politik hin zu den zahlreichen (kulturellen) Regionen jenseits der Nationalstaaten eine Lösung? Im zweiten Kapitel werden diese Fragen diskutiert, bevor es im darauf folgenden Kapitel um die Frage geht, inwieweit Kulturpolitik (noch) als Identitätspolitik taugt, wenn in der Gesellschaft konkurrierende »Kulturalisierungsregime« (Reckwitz) um die Deutungshoheit ringen, wenn Differenz, Identität und Identifikation in einer urbanen Umwelt sich scheinbar fast beliebig bestimmen lassen und eine kaum noch überschaubare Mischung aus Milieus, Szenen und individuellen Weltansichten den Alltag prägt. Dazu passt die Frage, wie mit dem bisherigen Verständnis von Kulturellem Erbe umzugehen ist und ob hier ein transkultureller Ansatz hilfreich sein kann.

Die Rolle, die Kulturpolitik in einer »offenen Gesellschaft« spielen kann, und welche Möglichkeiten den Künsten zu einer »Veränderung der Welt« offenstehen, sind Gegenstand des vierten und fünften Kapitels. Einigkeit besteht hier darin, dass es beim »Weiterbauen am zivilisatorischen Projekt« auch um das Infragestellen überkommener Überzeugungen und Umgangsformen geht. Und dass die gesellschaftliche Verantwortung der westlichen Gesellschaften nicht an ihren jeweiligen nationalen Grenzen Halt machen darf.

Damit drängt sich im Kapitel 6 die Frage auf, wie Kulturvermittlung und Kulturmanagement praktisch mit diesen Problemen umgehen können, welche neuen Aufgaben sich etwa für eine transkulturelle Kulturarbeit in den Kommunen stellen und welchen Beitrag die Kulturpolitikforschung in diesem komplizierten Feld leisten und auf welche Aspekte sie hinweisen kann. In der kulturellen Außenpolitik wird mittlerweile jedenfalls mehr Gewicht auf »politische Wirkung und Beratung« als auf Repräsentation gelegt. Man müsse dazu bereit sein, »sich von außen kritisch betrachten zu lassen, lernend zuzuhören« und sich in »manchen Punkten auch radikal infrage stellen« erklären die Vertreter der Mittlerinstitute Johannes Ebert und Ronald Grätz in ihrem Beitrag. Das würde eine gewisse Distanz von einer Politik der eigenen Interessen und der nach wie vor dominanten »imperialen Lebensweise« (Ulrich Brand) des Westens bedeuten und betrifft auch die Frage, wie kulturell-künstlerisch, wie kulturpolitisch mit den Widersprüchen umzugehen ist, die mit hegemonialen Lebensweisen verbunden sind.

In diesen Prozessen spielt die kommunale Kulturpolitik eine wesentliche Rolle. Vor Ort stellt sich die Nagelprobe, inwieweit die transnationale Kulturarbeit in die Alltagswelten eindringt und hier Zeichen setzen kann. In Zukunft wird es um eine strukturelle Verankerung dieses Arbeitsfeldes in den Kommunen und eine entsprechende Organisation der (möglichen) vielgestaltigen Aktivitäten in diesem Bereich gehen. Damit stellt sich auch – last not least – die Frage, wie dieser sich abzeichnende Wandel im kulturpolitischen Selbstverständnis durch wissenschaftliche Untersuchungen und Forschungen begleitet werden kann. Zu fragen ist: Welche Rolle spielen die Künstler*innen im internationalen Dialog der Kulturen? Welche Rolle hat die Zivilgesellschaft in internationalen Kulturbeziehungen? Welche Rolle spielen die nationalen Kulturinstitute im internationalen Kontext? Notwendig ist eine Kultur-Politik-Forschung, die sich diesen Fragen der Transformationserfordernisse widmet.

Ergänzt werden die thematischen Beiträge zur »Welt.Kultur.Politik« durch die regelmäßigen Rubriken des Jahrbuchs. Dazu gehören die *Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse 2015/2016*, die *Bibliografie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2015/2016* und eine *Adressübersicht* mit wichtigen Institutionen, Gremien und Verbänden. Die gesonderte Rubrik *Kulturstatistik/Kulturwissenschaften* widmet sich diesmal der Kulturteilhabeforschung (Karl-Heinz Reuband) und der Erfassung von Daten für die Kultur- und Kreativwirtschaft (Michael Söndermann).

Allen Autor*innen sei sehr herzlich gedankt für ihre Mitarbeit an diesem »Jahrbuch für Kulturpolitik«. Für die Erstellung der Bibliografie, des Adressteils und

der Chronik danken wir den Mitarbeiter*innen des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft Ralf Brünglinghaus, Jörg Hausmann, Katrin Hüfner und Franz Kröger. Für das Korrekturlesen war Ingo Brünglinghaus zuständig. Wolfgang Röckel und Karin Dienst haben wieder den Satz, die Ausführung der Korrekturen und die Gestaltung übernommen. Auch ihnen sei herzlich gedankt.

Literatur

- Beck, Ulrich (2010): *Nachrichten aus der Weltinnenpolitik*, Berlin: edition suhrkamp
- Böhm, Andrea (2017): *Das Ende der westlichen Weltordnung. Eine Erkundung auf vier Kontinenten*, München: Pantheon
- Dahrendorf, Ralf (2003): *Auf der Suche nach einer neuen Ordnung*, München: Beck
- Habermas, Jürgen (2006): Die Bewährung Europas. Rede aus Anlass der Verleihung des Staatspreises NRW, gehalten am 7. November 2006, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2006, S. 1453–1456, siehe unter www.blaetter.de/sites/default/files/downloads/zurueck/zurueckgeblaettert_200906_3.pdf (letzter Zugriff 23.5.2018)
- Huntington, Samuel P. (1997): *Clash of Civilizations or Global Culture?*, München: Europaverlag
- Komlosy, Andrea (2018): *Grenzen. Räumliche und soziale Trennlinien im Zeitenlauf*, Wien: Promedia
- Krastev, Ivan (2017): *Europadämmerung. Ein Essay*, Berlin / Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Kümmel, Peter (2015): »Das Theater geht an die Front«, in: *Zeit*, Nr. 27/2015
- Lessenich, Stephan (2016): *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München: Carl Hanser
- Liessmann, Konrad Paul (2012): *Lob der Grenze: Kritik der politischen Unterscheidungskraft*, Wien: Zsolnay
- Martel, Frédéric (2011): *Mainstream. Wie funktioniert, was allen gefällt*, München: Knaus